

...womit darunter befinden sich ein Plan des Reichstages...
 Verfertigung über die Aufnahme Belgiens in den deutschen
 Völkerbund, Aufzeichnungen über die Verwendung belgi-
 scher Staatsgelder usw. Die Schriftstücke sollen dem Mar-
 schall Hoch zugestellt werden.

Die Friedenskonferenz.

London, 18. Jan. „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris: Die fünf Großmächte beschlossen, daß auf der Friedenskonferenz bindende Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen. Wenn bei einer Frage vielleicht Meinungsverschiedenheiten herrschen sollten, so müsse diese zuerst ausgeschaltet und solange besprochen werden, bis jede Uneinigkeit beseitigt sei.

Neuport, 18. Jan. Die amerikanische Presse wendet sich gegen die beschlossene Geheimhaltung der Verhandlungen in Paris. „Newport World“ schreibt, damit sei der erste der 14 Punkte Wilsons über Bord geworfen. Die Amerikaner werden eine Geheimhaltung als eine entscheidende Niederlage Wilsons betrachten und den Kampf für die Öffentlichkeit aller Verhandlungen fortsetzen.

Der Völkerbund.

Neuport, 17. Jan. (Reuter.) Wilson habe, daß die Ausschüsse für die Einigung über die Errichtung eines Völkerbundes zur Zeit äußerst günstig seien.

Brüssel, 18. Jan. Wie verlautet, wird Präsident Wilson gegen Ende dieses Monats in Brüssel ankommen.

Der Bolschewismus.

Wien, 18. Jan. Die Polizei beschlagnahmte 20 000 Flugblätter der Kommunisten, die zu einem gewalttätigen Umsturz in den nächsten Tagen aufforderten. Der Herausgeber, Dr. Friedländer, wurde verhaftet. Zugleich wurden weitere russische Bolschewisten ausgewiesen, die als angebliche Hilfsbeamte der russischen Kriegsgefangenenfürsorge sich in Wien aufhielten und große Summen für den gewalttätigen Umsturz veranzahlten.

Amsterdam, 18. Jan. Den Blättern zufolge wurden in den letzten Tagen ausgeübte Vorsichtsmaßnahmen gegen einen revolutionären Putsch getroffen. In Rotterdam wurden gestern 200 Ausländer, die keine genügenden Ausweispapiere besaßen, angehalten. Auch in Amsterdam und im Haag erwartete man die Verhaftung verdächtiger Ausländer. Der Zeitung „Telegraaf“ zufolge sollen die revolutionäre beschlossenen haben, angesichts der ausgedehnten Vorsichtsmaßnahmen ihre Pläne, die angeblich auf die Besetzung der Post, der Telegraphie, der Niederländischen Bank und der Zeitungsbetriebe am Sonntag abend hinauszuführen, aufgegeben haben.

Washington, 18. Jan. (Reuter.) Der Staatssekretär des amerikanischen Einwanderungsamts fordert das Verbot der Einwanderung während der Abrüstungszeit. Die Maßregel soll ohne Zweifel die russischen Bolschewisten fernhalten. (D. Schr.)

Die Eröffnung der Friedens-Konferenz.

Paris, 18. Jan. (Havas.) Präsident Poincaré eröffnete die Friedenskonferenz mit einer Rede, in der er erklärte: Von den vertretenen Mächten sei keine für den Ausbruch des Weltkriegs verantwortlich (!) Der Angreifer habe die Vorherrschaft in Europa und die Welt Herrschaft erstrebt. Nichts sei so kennzeichnend wie die Aufforderung Deutschlands an England Ende Juli 1914, nicht gegen einen Landangriff auf Frankreich zu unternehmen, falls Deutschland nicht in den Narmelkanal eindringe, und die Erklärung, Frankreichs Neutralität nur anzuerkennen, wenn es in die Befreiung von Brüssel, Lüttich und Verdun willige. Deutschland wolle Belgien zerstückeln; England und Frankreich schworen, es zu retten. Japan greift dann aus Loyalität gegenüber England und in der Erkenntnis der Ästen durch eine Vorherrschaft der Mittelmächte drohenden Gefahren zu den Waffen. Italien weigerte sich vom ersten Augenblick an, den deutschen Ehrgeiz zu begünstigen. Rumänien kämpfte nur für die Verwirklichung seiner nationalen Einheit und mußte dann einen Vertrag unterzeichnen, den die Konferenz aufheben wird. Amerika, die Tochter Europas, habe ihre Mutter der Demütigung durch eine Knechtschaft entrisen und die Zivilisation gerettet. Nach einer Schilderung der Grenzlaiten der Deutschen sagte er: Gefesselte Nationalitäten riefen uns aus der Tiefe hundertjährigen Kerkers um Hilfe; mehr noch, sie besaßen sich, um uns zu Hilfe zu kommen (Polen, Tschechen). So wurde der Krieg zu einem Kreuzzug der Menschheit für das Recht. Diese Solidarität muß während der Verhandlungen und auch nach der Unterzeichnung des Vertrags weiter bestehen. Sie werden also nur nach Gerechtigkeit streben. Diese erfordert Rückerstattungen, Wiedergutmachungen und Bestrafung. Gleichzeitig wird ein allgemeiner Bund der Völker aufgerichtet, der die höchste Bürgschaft gegen neue Anschläge sein wird. Diese internationale Vereinigung wird gegen niemand gerichtet sein und sich niemand verschließen. Da sie aber durch Nationen organisiert wird, die sich opfereten, um das Recht zu verteidigen, so wird sie von diesen ihre Grundzüge erhalten. Es sind auf den Tag genau 48 Jahre seit dem 18. Januar 1871 verlossen, seitdem das deutsche Kaiserreich von dem eingedrungenen Feere im Schloß zu Versailles proklamiert wurde. Durch den Raub zweier französischer Provinzen forderte es seine erste Anerkennung. Der in seinen Wurzeln verderbte Staat enthielt so zugleich durch die Schuld seiner Gründer den Keim des Todes. Aus Ungerechtigkeit heraus geboren, endete er in Schmach. Die Staaten sind hier versammelt, um das von ihm angerichtete Unheil zu beseitigen und seine Wiederkehr zu verhindern. Ministerpräsident Clemenceau ist auf Vorschlag Wilsons einstimmig zum Vorsitzenden der Friedenskonferenz gewählt worden.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Jan. (Stellv. Kriegsminister.) Zum Stellvertreter des Ministers des Kriegswesens ist durch Entschliesung der provisorischen Regierung Hauptmann Kraiss berufen worden.

Stuttgart, 18. Jan. (Protest.) Im Siegelhaus sprach gestern in einer Versammlung der demokratischen Partei der frühere Bizekanzler von Bayer. An den Staatssekretär Erzberger wurde eine Erklärung telegraphisch übermittelt, worin gegen die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen, die den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten, Protest erhoben wird.

Stuttgart, 18. Jan. Nach einer Mitteilung des Matrosenrats München wird die Marine-Entlassungszweigtelle Nürnberg nach Stuttgart verlegt.

Stuttgart, 18. Jan. (Aus dem Parteileben.) Am Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Sitzungssaal der Ersten Kammer eine Sitzung der Mitglieder der Landesversammlung der Zentrumspartei statt.

Heilbronn, 19. Jan. (Gefälschtes Kriegsgeld.) Es ist festgestellt, daß das von der Stadt Heilbronn herausgegebene Kriegsgeld gefälscht wird. Die Fälschung ist zunächst bei den 50-Mark Scheinen nachgewiesen.

Blieshausen, 19. Jan. (Einbruch.) In Waldorf ist in einem Schuh- und Spezereigeschäft eingebrochen und der Laden geleert worden. Es sollen u. a. für mehr als 1000 M. Schuhe gestohlen worden sein.

Calw, 18. Jan. (Raubüberfall.) Der 14-jährige Beathalter wurde vorgestern im Walde von vier mit Dolchen und Knütteln bewaffneten Männern überfallen und mit dem Tode bedroht, wenn er kein Geld nicht abgibt. Nachdem er seine ganze Barschaft bestehend aus 5 Mark übergeben hatte, jagten ihn die Streiche davon.

Tübingen, 18. Jan. (Verufung.) Prof. Dr. Wilhelm Blasche in Königsberg hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Mathematik an der hiesigen Universität als Nachfolger von Prof. v. Brill zum 1. April 1919 angenommen.

Oberndorf, 18. Jan. (Erwerbslosenfürsorge.) Die zurzeit bei der Stadt beschäftigten 59 Erwerbslosen verlangten kürzlich einen Wochenlohn von 65 M. Die bürgerlichen Kollegien fanden aber diese Forderung einstimmig viel zu hoch, genehmigten ihnen einen Stundenlohn bis zum Höchstbetrag von 1,20 M. für Beraterarbeit und 1 M. für Ledige je nach Leistung, die vom Stadtbaumeister einzuschätzen ist. In der Waffensabrik wird an drei Tagen in der Woche nicht gearbeitet. Die Arbeiter aber für die arbeitslose Zeit entschädigt. Dafür hat die Stadt bzw. Amtskörperschaft monatlich 300 000 M. auszugeben.

Havensburg, 19. Jan. (Englische Kommission.) Am Freitag nachmittags 5 Uhr kam hier eine englische Sanitätskommission, bestehend aus drei Offizieren und sechs Mann, in zwei Automobilen an und übernachteten im Bahnhofs-Hotel. Die Kommission besucht alle franken Kriegsgefangenen Engländer und war deshalb am Freitag in der Heilanstalt Weissenau.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftdruck steigt wieder an. Da aber noch Störungen vorhanden sind, ist am Dienstag und Mittwoch noch zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes und kälteres Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 18. Jan. (Die Ablieferung badischer Lokomotiven.) Von den 5000 Lokomotiven, welche die deutschen Eisenbahnverwaltungen nach dem Waffenstillstandsabkommen an die Entente abzugeben haben, entfallen auf die badischen Staatseisenbahnen 110 Lokomotiven. Da nach den Erfahrungen bei der Ablieferung der ersten Lokomotiven mit der Zurückweisung einzelner Lokomotiven gerechnet werden mußte, sollten den französischen Uebernahmegruppen in Straßburg und Offenburg mindestens 130 badische Lokomotiven vorgeführt werden, um auf alle Fälle die 110 Lokomotiven rechtzeitig übergeben zu können. Infolge der langen Kriegsdauer sind die Lokomotiven aller deutschen Eisenbahnen in einem sehr schlechten Zustand und besonders bei den bad. Staatsbahnen ist die Zahl der ausbesserungsbedürftigen Lokomotiven groß, weil diese Bahnen infolge ihrer Nähe zum Kriegsschauplatz ganz besonders in Anspruch genommen worden sind. Alle für die Entente bestimmten Lokomotiven kamen vor der Ablieferung in die Werkstätten, die bald derart mit Arbeit in Anspruch genommen waren, daß es unmöglich war, die Lokomotiven für den Verkehr im Lande immer betriebsfähig zu halten. Unter den gegebenen Verhältnissen sind die Ansprüche, die von den franz. Uebernahmegruppen gestellt werden, ganz übertriebene; wegen geringfügiger Mängel werden die Maschinen schon zurückgewiesen. Noch vor Ablauf der Frist (15. Januar) hatten die badischen Staatseisenbahnen in Straßburg 132 Lokomotiven vorgeführt, übernommen wurden aber nur 44 Stück. Die Uebernahmekommission der Entente machte durch ihre weitgehenden Ansprüche die Erfüllung der auferlegten Verpflichtung unmöglich.

Karlsruhe, 18. Jan. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, für die Vertretung von Arbeitern in den Ausschüssen der Kommunalverbände Sorge zu tragen. In größeren und mit Industrie durchsetzten Bezirken sei ein Arbeitnehmer als ungenügend anzusehen.

Karlsruhe, 18. Jan. Der frühere Staatsminister Dr. Fehr. v. Bobman ist der Deutschen dem. Partei beigetreten und beteiligt sich u. a. an den in Karlsruhe veranstalteten politischen Einführungslehren für Frauen.

Eingesandt. Wie aus dem Inserat ersichtlich, wird angestrebt, hier einen leistungsfähigen Männergesangverein ins Leben zu rufen. Dieses Vorhaben ist nur zu begrüßen. Wenn nun schon Vordenken geäußert wurden, es sei hier in Wildbad kaum möglich, alle Sänger unter einen Hut zu bringen, so möchte hiermit allen Beteiligten empfohlen werden, nur das ideale Ziel im Auge zu halten und persönliche und geschäftliche Interessen in den Hintergrund zu stellen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In dem neu zu gründenden Gesangverein sollte auch die Kameradschaft mehr gepflegt werden. Der sogenannte Kasstengeist, der sich da und dort geltend macht und der nicht ohne Nachteil für die Sache ist, muß verschwinden. In unserer Stadt ist viel Gutes Stimmenmaterial vorhanden, als Dirigent ist ein ganz hervorragender Gesangslehrer in Aussicht genommen. Es läge auch im Interesse unserer Stadt ist viel Gutes leistungsfähigen Männergesangverein zu bekommen. Zudem dürfte die gesamte Einwohnerchaft Wildbads einem derartigen Institut ihr ganzes Interesse entgegenbringen, so daß es auch in finanzieller Hinsicht auf festen Füßen stände. Zu Bewirklichung dieses Planes kommt wohl kein besserer Augenblick als der gegenwärtige in Betracht. Der heute abend 7 Uhr in der Linde stattfindenden Versammlung ist ein zahlreicher Besuch und erprießlicher Verlauf zu wünschen.

Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Nationalversammlung haben von 2389 Wahlberechtigten in Wildbad 2185 abgestimmt. Stimmen haben erhalten.

Deutsche demokratische Partei	1028 (1087)
Sozialdemokratische Partei	748 (702)
Württ. Bürgerpartei	292 (314)
Zentrumspartei	103 (99)
Unabhängige 9 (26.) Friedenspartei 3 (4.)	

In Spollenhaus haben von 258 Wahlberechtigten 237 abgestimmt und erhielten Stimmen

Deutsche demokratische Partei	120 (109)	Sozialdemokratie	108 (104)	württ. Bürgerpartei	9 (16)	Unabhängige 0 (2)
-------------------------------	-----------	------------------	-----------	---------------------	--------	-------------------

Im Bezirk Neuenbürg erhielten

Deutsche Demokratische Partei	4948 (4410)
Sozialdemokratie	8807 (8331)
württ. Bürgerpartei	2055 (2107)
Zentrum	331 (334)
Bauernbund	(203)
Friedenspartei	37 (42)
Weimärtnr	(72)
Unabhängige	215 (212)

Stimmen sind abgegeben worden 1 331 495 (1 218 220)

Deutsch demokraten Partei	332010 (328 555)
Sozialdemokratische Partei	470316 (452 450)
Zentrumspartei	303050 (273 192)
Württ. Bürgerpartei usw.	182511 (214 474)
Unabhängige Sozialdemokraten	36413 (4 622)
Friedenspartei	3504 (40 27)

Gewählt sind in Württemberg:

Sozialdemokraten	7
Deutsch-Demokraten	4
Zentrum	4
württ. Bürgerpartei	2

Die in Klammern stehenden Ziffern bedeuten die Resultate der Landeswahl.

Am Montag, 20. Jan. abends 7 Uhr st. det

im Gasthaus zur alten Linde eine Besprechung

zwecks Zusammenichluß der hiesigen Gesang-Vereine statt und werden die Sänger des Niederfranzes, des Turnvereins und des Militärvereins, sowie alle sangesfreudigen, stimmbegabten Männer hiemit eingeladen.

J. H. Schweizer, Reallehrer. Wilhelm Stiel
 Carl Kometsch.

Zur Anklärung!

Die Demokratische Partei macht in Entrüstung und glaubt, die Bürgerpartei an den Pranger zu stellen zu können, weil 2 Redner der Bürgerpartei ihre Behauptung die wirklichen Führer der Demokratie Hausmann und Elsas könnten nicht das erforderliche christliche Interesse

haben, damit begründeten, daß Herr Elsas wohl kein Christ sei und Herr Hausmann seine Kinder nicht habe taufen lassen. Diese letztere Behauptung beruht allerdings auf einer Verwechslung:

Herr Hausmann hat sich aber nicht kirchlich trauen lassen! Was sachlich bewiesen werden sollte, besteht deshalb trotzdem völlig zu Recht, die demokratische Entrüstung ist unangebracht.

Württembergische Bürgerpartei.

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt, Wildbad

